

Präsident Christian Weber

**Rede zum Neujahrsempfang der Bremischen Bürgerschaft  
am Dienstag, 6. Januar 2015, um 11.30 Uhr im Festsaal**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

"Der frühe Vogel fängt den ..." Ja, der Wurm kommt später noch einmal. Im Moment freue ich mich, dass unser Haus wieder sehr früh im neuen Jahr, traditionell als erste öffentliche Einrichtung, Ihnen die Möglichkeit zum Gedankenaustausch, zur Begegnung geben kann – stets am ersten Dienstag nach den Weihnachtsferien, vormittags! Und wir möchten Sie gerne einfangen und beflügeln, damit 2015 einen zuversichtlichen Auftakt nimmt. Die meisten von uns haben noch gute Vorsätze; bewahren wir sie, solange es geht.

Ich hoffe natürlich, dass es zu Ihren guten Vorsätzen gehört, zur Wahl zu gehen. Hamburg ist bereits im Februar dran, in Bremen wird am 10. Mai ein neuer Landtag gewählt. Unser Ehrgeiz muss es sein, eine deutlich höhere Wahlbeteiligung als in der Vergangenheit zu erreichen. Es liegt in Ihrer Hand, strengen Sie sich also an, helfen Sie uns! Übrigens: Unser Nicht-ständiger Ausschuss zur Ausweitung des Wahlrechts hatte eine Gesetzesinitiative gestartet, um Ausländern in Bremen den Urnengang auf Beiratsebene und EU-Ausländern zur Landtagswahl zu erlauben. Der Staatsgerichtshof hat dieses Angebot allerdings für verfassungswidrig erklärt und das damit begründet, dass das Wahlrecht grundsätzlich an die deutsche Staatsangehörigkeit geknüpft sei. Jetzt suchen wir andere Wege, etwa über den Bundesrat, um das Wahlrecht vielleicht doch in absehbarer Zeit flexibilisieren zu können.

Der kommende Wahltermin bedeutet, dass dieser Neujahrsempfang der letzte in der 18. Legislaturperiode sein wird. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen einige wichtige parlamentarische Höhepunkte der letzten 4 Jahre in Erinnerung zu rufen. Anfangs haben wir Abgeordnete uns den Status eines "Halbtagsparlaments" verordnet, damit die Volksvertreterinnen und Volksvertreter vormittags ihrem Hauptberuf nachgehen können. Das heißt, dass sich auch unsere Bürgerschaftskanzlei als Dienstleistungsbetrieb für die Parlamentarier auf die neue Situation einstellen musste: Der parlamentarische Betrieb, insbesondere die Ausschusssitzungen, finden nun nachmittags bis in den Abend statt.

Für wichtige Grundsatzentscheidungen haben wir die Landesverfassung geändert. Es ist noch einmal leichter geworden, Bürgeranträgen und Volksentscheiden zum Erfolg zu verhelfen. Damit stärken wir die Elemente direkter Demokratie ein weiteres Mal. Die sogenannte Privatisierungsbremse wurde Realität. Damit wird der Verkauf von öffentlichen Gesellschaften, von Unternehmen der Daseinsvorsorge merklich erschwert, auch das Volk kann dabei ein Wörtchen mitreden. Als dritte Verfassungsänderung steht noch die Schuldenbremse auf der Agenda; sie wird in Kürze in 3. Lesung endgültig gezogen.

Die bremischen Abgeordneten haben diverse Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht. Ich will an dieser Stelle nur jene erwähnen, die auch bundesweit für Aufsehen und Aufregung sorgten, für Irritationen, die wohl gerne entstehen, wenn das kleinste unter den Bundesländern, noch dazu von hohen Schulden geplagt, in der Politik und öffentlichen Verwaltung mit Innovationen aufwartet. Das Mindestlohngesetz zum Beispiel, mit dem sich Bremen eine Vorreiterrolle verschaffte. Ich persönlich finde das ein Wegweisendes Regelwerk, weil Arbeit nicht nur ein tiefes, existenzielles Bedürfnis des Menschen darstellt, sondern weil sie einen wesentlichen Beitrag zum Fortbestand unserer Gesellschaft - und zwar als eine soziale Gesellschaft - leistet.

Und wir haben uns mit mächtigen Institutionen angelegt, die nicht nur mit Milliarden-Summen hantieren, sondern Millionen-Fußballfans hinter sich scharen. Dabei klingt das "Gesetz zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes" eher unspektakulär, hat es aber in sich. Es geht im Wesentlichen darum, die Veranstalter von Risiko-Fußballspielen an den Kosten für massive Polizeieinsätze erheblich zu beteiligen. Das sorgte für gewisse Empörung. Ich kann nur hoffen, dass der Gesprächsfaden zwischen allen Beteiligten nicht abreißen wird. Diese Maßnahme ist keine Schikane, sondern ein zumutbarer Solidaritätsbeitrag. Ich darf vielleicht daran erinnern, dass Bremen auf Einnahmen angewiesen ist, seinen Haushalt sanieren muss, um seine Existenz zu sichern. Wir werden sehen, wie der Beschluss in der Praxis greift.

Ich möchte auch daran erinnern, dass zum Sport der Geist des Fairplay gehört, der eigentlich alle gesellschaftlichen Bereiche durchströmen sollte, nämlich: In Sieg und Niederlage gleichermaßen Haltung bewahren – und wieder aufeinander zugehen. Denn eins ist klar: Werder Bremen bleibt unser aller Sympathieträger! Wie kaum eine andere Einrichtung fördert der Club das Image Bremens nach außen und stiftet Identität und Zusammengehörigkeitsgefühl nach innen - auch wenn wir zurzeit eher als Schicksalsgemeinschaft gelten mögen.

Unter uns sind sehr willkommenen Gäste aus den Kirchen, der jüdischen Gemeinde, der muslimischen Bevölkerung und anderer Glaubensgemeinschaften. Gerade den Mitgliedern der evangelischen und katholischen Kirche haben wir mit dem neuen Gesetz über das Bestattungswesen einiges zugemutet - mit der Aufhebung des Friedhofszwanges unter bestimmten, eng gefassten Bedingungen. Damit reagiert die Politik auf veränderte Denk- Verhaltens- und Lebensweisen in der Gesellschaft, die zunehmend auch von Nichtgläubigen geprägt wird. Jedoch, das darf ich als Christ sagen: Manche der Einwände und Argumente der Kirchen gegen das allzu beliebige Ausstreuen der Asche unserer Toten haben mir aus dem Herzen gesprochen.

Derweil haben wir einen Staatsvertrag mit den muslimischen Gemeinden und Gruppen geschlossen, in denen ihre Rechte in unserer Städtegesellschaft festgeschrieben sind. Das war aus unserer Sicht fällig und ist gleichzeitig fortschrittlich; die meisten anderen Länder zaudern und zögern noch.

Nicht zuletzt ein Wort zu unseren jüdischen Freundinnen und Freunden: Der Antisemitismus in Deutschland macht leider wieder verstärkt von sich reden, auch in Bremen. Mit Entsetzen musste ich dieser Tage feststellen, dass die Stele mit Bremens Städtepartnerschaften vor dem Überseemuseum bereits zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit beschädigt wurde, ausgerechnet die Stellen mit den Namen Haifa und Israel. Diese wurden bekritzelt und quasi ausradiert. Das ist unerträglich und nicht

hinzunehmen. Ich kann nur versichern, dass die absolute Mehrheit der Bremerinnen und Bremer solidarisch und schützend auf Seiten der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger steht.

Die Bremische Bürgerschaft hat erst kürzlich fraktionsübergreifend beschlossen, Antisemitismus, Fanatismus und Hassparolen entschieden entgegenzutreten. Diesem einmütigen Bekenntnis ging eine sehr kluge und bewegende Debatte voraus - für mich eine Sternstunde des Parlaments. Daher sehen wir engagiert den Veranstaltungen zum 50-jährigen Bestehen der deutsch-israelischen Beziehungen entgegen. Bremen verfügt hier über eine sehr tragfähige, freundschaftliche Tradition mit der Partnerschaft zu Haifa.

Meine Damen und Herren,

es gibt Dinge und Umstände, die möchte man gerne im alten Jahr zurücklassen; anderes will man ändern, und manches ist es wert, bewahrt zu werden. Vor allem die vermeintliche Kleinigkeit, die doch so wertvoll ist. Kurz vor Weihnachten landete die Stadtteilzeitung des Gymnasiums Links der Weser auf meinem Schreibtisch. "Heimatlos" heißt sie. Das Titelfoto zeigt Schüler des Gymnasiums, mit Gesten der Verbundenheit und Vertrautheit. Es sind Flüchtlingsjugendliche, die die Schule besuchen. Ins Bild hinein reicht der Text: "Wer lässt schon gerne alles zurück: Freunde, Familie, Besitz, Landschaft, Heimat?" Das hat mich sehr beeindruckt.

Beachtenswert sind die Anteilnahme und der Wissensdurst der Jugendlichen in der Flüchtlingsthematik. Die Schülerinnen und Schüler erstellten beispielsweise eine Statistik, die die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge pro Milliarde des Bruttoinlandsprodukts eines aufnehmenden Landes zeigt. Danach kommt Kenia auf 12.553 Flüchtlinge, die USA auf 17. Ganz recht, dies ist ein Verhältnis - oder besser Missverhältnis - von etwa 1 zu 740. Die Schülerinnen und Schüler nennen das zu Recht eine beschämende Bilanz für die reichen Nationen, denn Frankreich und Deutschland stehen nicht viel besser da als die USA.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass 2015 das Zieldatum ist, zu dem die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden sollten - möglichst. Ich weiß heute nicht, ob die Welt gerechter und weniger arm geworden ist. Eine Zahl, die die Vereinten Nationen herausgegeben haben, steht mir deutlich vor Augen; sie spricht nicht gerade dafür: Seit 2010 hat sich die Zahl neu vertriebener Menschen verdreifacht. Die meisten von ihnen bewegen sich innerhalb der Krisenregionen der sogenannten Dritten Welt. Bremen hat sich ausdrücklich den Millenniums-Entwicklungszielen verpflichtet: mit Beschluss des Souveräns und mit Senatsentscheid gleichermaßen. Das sage ich ganz bewusst auch jenen Kräften im Lande, die offen, versteckt oder mit fadenscheinigen Argumenten gegen die Flüchtlingspolitik und -Praxis in Bremen und anderswo polemisieren.

Wir laden erneut Ehrengäste eingeladen, die uns im zurückliegenden Jahr besonders aufgefallen sind und deren Verhalten als beispielhaft und vorbildlich einzustufen ist. Diesmal handelt es sich um Frauen und Männer, die sich von Berufs wegen, aber auch aus persönlichem Antrieb aktiv vor Ort für die Flüchtlingshilfe einsetzen. Sie bewegen sich in ihrem Alltag - ob im Sozialressort, im Amt für Soziale Dienste, bei der AWO, im ASB oder in Einrichtungen für die Arbeit mit Jugendlichen - regelmäßig an ihren Leistungsgrenzen. Und manche überschreiten sie sogar. Sie sind die Gesichter

und Gestalter einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik, und ihnen ist es zu verdanken, wenn sich die Not leidenden Menschen aus der Fremde bei uns einigermaßen willkommen fühlen. Diese unsere Gäste führen uns vor Augen, wie unerlässlich solidarisches Handeln auch in Ländern ist, die abseits der Zentren von Kriegen und Katastrophen liegen. Danken wir ihnen dafür, wir Bremerinnen und Bremer, die die Stadtmusikanten beherbergen und deren Motto "Etwas Besseres als den Tod finden wir überall" uns doch stets vertraut sein sollte.

Deutschland ist nach den USA das wichtigste Zuwanderungsland geworden - auch für Menschen, die vor Krieg und Terror, vor Verfolgung und Hunger fliehen. Dass ausgerechnet vor den Grenzen zum alten, reichen Kontinent Europa so viele Flüchtlinge sterben wie sonst nirgendwo, empfinde ich als beschämend - gerade für Deutschland, mit seiner dunklen, jüngeren Geschichte, aber auch mit seiner langen humanistischen Tradition.

Bei alledem können wir nur froh sein, dass die unselige "Man spricht Deutsch"-Kampagne Ende vergangenen Jahres von kurzer Dauer war und hoffentlich für immer in der Schublade verschwunden ist. Wir sind deutsch, ja. Die andere Wahrheit: Ein Fünftel der Bundesbürgerinnen und -bürger kann auf Zuwanderungsbiografien verweisen. Die meisten davon verfügen über einen deutschen Pass. Deutsch ist also auch das Kind früherer Flüchtlinge oder der Deutsch-Türke mit zwei Pässen. Es wohnen Millionen von Menschen unter uns, denen wir sowohl das Recht auf Arbeit, das Recht auf Freizügigkeit als auch das Recht zu wählen und größtenteils das Recht auf Bildung vorenthalten. Ist das einer Zivilgesellschaft noch angemessen, noch würdig? Bitte endlich mehr Gastfreundschaft und Respekt für Menschen, die aus der Ferne zu uns kommen.

Respekt. Ich fürchte, dass wir ihn immer mehr aus den Augen und aus unseren Prinzipien verlieren. Ich meine jetzt nicht so sehr den Respekt, den wir speziellen Fähigkeiten und Leistungen entgegenbringen. Ich denke auch nicht an den Respekt als Achtung von Autoritäten und Obrigkeiten. Diesen einst zum Kuschen degenerierten Respekt haben wir mit der 68er-Generation überwunden beziehungsweise normalisiert. Mit ihr wurde der Muff von 1000 Jahren unter den Talaren gelüftet und das "Arschloch" - mit Verlaub - in der politischen Rede und Anrede "eingeführt" - durchaus spektakulär, aber nur kurz. Es blieb ein nicht kopiertes Original.

Nein, ich meine vielmehr den Respekt als Anerkennung und Entgegenkommen, als Rücksichtnahme und Höflichkeit, als das, was im Grundgesetz in Artikel 1 als Achtung der Menschenwürde steht. Es geht nicht um Sympathie und Zuneigung, es geht um Akzeptanz. Es geht darum, dass wir unsere Mitmenschen annehmen - mit ihren Unterschieden in ihrem Aussehen und ihren Äußerungen, mit ihren Fertigkeiten und ihren Fehlern. Gleich sind die Menschen nicht, aber gleichwertig.

Inzwischen ist unsere Gesellschaft zersetzt von Respektlosigkeit unter Missachtung der Regeln, die für ein menschliches Miteinander unerlässlich sind. Der Ton auf öffentlichen Plätzen in Deutschland ist sehr rau geworden, Polizisten und Rettungskräfte werden bespuckt, staatliches Handeln wird als Provokation, gar Kriegserklärung empfunden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Jobcentern müssen um ihr Wohlergehen bangen. Nach einer Studie der Hochschule Darmstadt kletterte die Zahl der Behörden, die von gelegentlichen oder häufigen Übergriffen berichten, innerhalb von acht Jahren von 61 auf 78 Prozent. Müssen wir andere herabsetzen und herabwürdigen, um uns vor den eigenen Schwächen, Zweifeln und Minderwertigkeitskomplexen zu schützen?

Einen Höhepunkt erreicht die Respektlosigkeit im Web, begünstigt durch die Anonymität der Akteure. Hier wird beleidigt, bloßgestellt und denunziert, was das Zeug hält. Hieraus entstanden ist eine von Gewalt geleitete Kommunikation, die nur selten geahndet wird. Der Opferkreis wächst; die Nachfrage nach Seminaren zur gewaltfreien Kommunikation ebenso. Gegen all die Respektlosigkeiten helfen gesetzliche Verschärfungen nur bedingt. Es ist Zeit, den gesellschaftlichen Wertekanon anzupassen. Verschaffen wir uns also Respekt! Schon Immanuel Kant urteilte - und da begegnet uns wieder der Wurm: "Wer sich zum Wurm macht, kann nachher nicht klagen, dass er mit Füßen getreten wird." Respekt ist anstrengend und verlangt nach Aktion. Denn die Stärkeren müssen die Schwächeren dabei unterstützen, Respekt zu entwickeln. Also: näher hinsehen, Neues einbeziehen und Unbekanntes verstehen lernen. In einer heterogenen, freiheitlichen und selbstbestimmten Gesellschaft wie Deutschland bedeutet die Anleitung zum und das Bewahren von Respekt eine gewaltige Herausforderung.

Als der frühere Bundespräsident Horst Köhler von seinen Aufgaben zurücktrat, begründete er das mit dem "mangelnden Respekt" für das Amt. Der Respekt für seine Entscheidung hielt sich in Grenzen, weil gerade der Durchschnittsbürger es nicht verstand, dass ein erfolgreicher Mann, auf dem Höhepunkt seiner Karriere, plötzlich eine "beleidigte Leberwurst" spielte. Wer hat denn Respekt vor mir, fragte sich mancher. Für Menschen, die wenig der keine Selbstachtung haben, ist es schwer, Respekt für andere zu empfinden.

Es ist die Aufgabe einer Politik des Respekts, die Schwächeren und Schutzbedürftigen besonders im Blick zu behalten. Eine Politik des Respekts ist offen in jeder Richtung; sie verschließt sich nicht vor Vielfalt und Verschiedenartigkeit: im Gegenteil, sie fördert sie. Nicht jedem ist Respekt gegeben, ansonsten gäbe es viel weniger Hass und Gewalt auf der Welt. Respekt ist vor allem das Ergebnis von Erziehung, Bildung und Geduld. Eine Politik des Respekts bedeutet auch, die Menschen stärker als in der Vergangenheit an Entscheidungen zu beteiligen, wobei man sich vor allem um solche Menschen kümmern muss, die am weitesten von den Entscheidungsforen entfernt sind. Schließlich ist dafür zu sorgen, dass sich eine bunte Gesellschaft auch zum Beispiel in den Parlamenten widerspiegelt. Dort ist die Frau oder der Mann mit Migrationshintergrund nach wie vor eher eine Ausnahmerecheinung. Ich bin in der glücklichen Lage zu verkünden, dass die Bremische Bürgerschaft weiter fortgeschritten ist als andere Landtage. Bei uns kommt die Vielfalt mittlerweile in allen Fraktionen zum Ausdruck.

Eine Politik des Respekts wird freilich nur funktionieren, wenn wir Politikerinnen und Politiker als Vorbilder dienen. Sie sollten zunächst vor allem Respekt im Umgang mit ihrer eigenen Zunft walten lassen. Die Nicht-Christen und Nicht-Gläubigen mögen mir den Hinweis nachsehen: Wir feiern heute am 6. Januar die "Heiligen Drei Könige". Sie kamen aus dem Morgenland als aufrichtige, bescheidene Reisende, denen majestätisches Gehabe völlig fremd war. Herrschaftlich und kostbar waren jedoch ihre Gaben für das Kind in der Krippe - und das Trio hatte Visionen für die Zukunft der Menschheit. Wären die Heiligen Drei Könige nicht Vorbild für eine Gesellschaft umfassenden Respekts? Von arm zu reich und umgekehrt, von Hiesigen zu Fremden und umgekehrt, von Alt zu Jung - und natürlich auch hierbei: umgekehrt.

Ich möchte allen einen Rat des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker mit auf den Weg geben, den es zu beherzigen lohnt: "Nur wenn wir uns selbst finden, können wir die Wesensart des anderen erkennen und respektieren." Dann wendet sich für uns ein wichtiger Satz von Arthur Schopenhauer ins Positive: "Ich bin glücklich, weil nicht unglücklich darüber, dass andere glücklich sind." Respekt ist ein vorbildliches Verhalten und gleichzeitig das Fundament, auf dem eines Tages die Friedfertigkeit über den Unfrieden siegt! Darin bin ich ein unverbesserlicher Optimist!